

Transformation, Hegemonie und Diskurs

Aktuelle Denkmuster über Krise, Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft

von Benjamin Mikfeld

Einer aktuellen Analyse von Wolfgang Streeck zufolge haben die verschiedenen (nicht unbedingt erfolgreichen) wirtschaftspolitischen Versuche der letzten Jahrzehnte, die „Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie“ zu bewältigen, nicht nur in die globale Finanzkrise geführt, sondern darüber hinaus die politische Konfliktlage gegenüber früheren Zeiten für Bürgerinnen und Bürger schwerer durchschaubar gemacht: „Seither ... sind die Schlachtfelder, auf denen die Widersprüche des demokratischen Kapitalismus ausgefochten werden, immer komplexer geworden, was es für jemanden, der nicht zu den politischen und finanziellen Eliten gehört, ungemein schwer macht, die zugrundeliegenden Interessen zu erkennen und seine eigenen zu formulieren.“¹

Sofern man diese Analyse teilt, stellen sich für die politische Linke zwei Fragen. Zum einen: ist jenseits der Anpassungsreformen der letzten Jahrzehnte ein wirtschafts- und gesellschaftlicher Pfadwechsel möglich, der dieses Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie (und zugleich zwischen Wachstum und seinen ökologischen Grenzen) zumindest wieder abmildert? Und wenn ja, mit welchen Reformprojekten und mit welchen Akteuren? Zum anderen setzt ein solcher Pfadwechsel auch einen begleitenden Diskurswechsel voraus, da eine stabile gesellschaftliche Mehrheit von seiner Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überzeugt sein muss. Politische Diskurse im hier verstandenen Sinn sind immer auch politische Machtressourcen. Sie formulieren ein „zentrales Versprechen“ (v.a. in Bezug auf Freiheit, Wohlstand und/ oder Gerechtigkeit) und ordnen einzelne politische Aussagen und Forderungen

so an, dass sie diesem zentralen Versprechen entsprechen oder ihm entgegengerichtet sind. Sie reduzieren Komplexität und strukturieren damit auch gesellschaftliche Konfliktlinien.²

Schaut man sich hingegen die politische Debattenlage rund ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl an, dann stehen den wohl unvermeidlichen (aber leider recht inhaltsleeren) Diskussionen über Kandidaten- und Koalitionsfragen in der parteipolitischen Linken durchaus anspruchsvolle inhaltliche Diskussionen über einen Pfadwechsel³ oder eine „große Transformation“⁴ gegenüber. Letztere entwickeln eine komplexe mehrdimensionale Krisensicht und thematisieren zu Recht die Zusammenhänge von Finanzkapitalismus, sozialer Spaltung, Demokratiedefizit und ökologischer Krise. Sie laufen damit aber Gefahr, das von Streeck benannte Komplexitätsproblem (Vor allem: Wer ist Schuld an der Krise/ den Krisen und wie kommen wir da wieder raus?) nicht aufzulösen. Bestehende Pfade, wie der Finanzkapitalismus, die fossile Energienutzung oder auch die Exportabhängigkeit der deutschen Industrie sind auf verschiedenen Ebenen – Interessenstrukturen, Institutionen, Traditionen, aber eben auch durch bestimmte „Weltsichten“ – verriegelt. Ein Pfadwechsel muss daher immer sowohl die „materielle“ als auch politisch-kulturelle bzw. hegemoniale Verriegelung aufknacken, erforderlich sind gesellschaftliche Allianzen, andere Institutionen aber auch ein anderer mehrheitsfähiger Diskurs.

1 Wolfgang Streeck (2011): Die Krisen des demokratischen Kapitalismus, in: *Lettre International*, Winter 2011, S.

2 Der vorliegende Text basiert auf: Denkwerk Demokratie (2012): *Alte und neue Wege aus der Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft*, Werkbericht Nr. 1

3 vgl. Schwerpunktheft „Perspektiven und Bedingungen eines gesellschaftspolitischen Pfadwechsels“ der WSI-Mitteilungen, Heft 12/2011

4 vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin; Rolf Reißig (2009): *Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden

Um einen solchen Pfadwechsel zu begründen, erklingt zunehmend die Forderung nach einem neuen „Narrativ“. Auch in den Parteien vernimmt man wieder die Forderung nach einer „neuen Erzählung“ – auch als Reaktion auf eine längere Phase, die durch eher technokratische Politikbegründungen, Krisenmanagement und vermeintliche „Sachzwänge“ geprägt war. Allerdings entsteht eine erfolgreiche politische Erzählung nicht aus dem Nichts. Bloße Plastikwörter aus der Retorte lösen nichts in den Köpfen aus, sie eröffnen keine neuen Einsichten. Eine politische Erzählung muss auf in der Gesellschaft bereits vorhandenen Diskursen aufbauen und Elemente daraus zu einer neuen „Diskursallianz“ verknüpfen. Doch an welche Diskurse kann man gegenwärtig anknüpfen? Hat die globale Finanzkrise nun zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt? Oder sind wir bereits wieder auf einem Kurs des „Weiter so“?

Landkarte der Diskurse über die Krise, die Ökonomie und ihre zentralen Versprechen

Betreibt man Mustererkennung in Bezug auf die politisch-publizistische Debattenlage in Deutschland, so können sieben Diskurse identifiziert werden, die inhaltlich zwar in sich nicht homogen sind, aber hinsichtlich ihrer Krisensicht, ihrer Wertvorstellungen und ihrer zentralen Versprechen ein jeweils gemeinsames Muster aufweisen.

1. **Marktfreiheit und schlanker Staat:** Dieser Diskurs legitimiert wirtschaftsliberale „Reformen“ und sieht in staatlicher Regulierung die Wurzel allen Übels. Sein zentrales Versprechen lautet: „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen.“ Mit diesem Versprechen sind die bekannten wirtschaftsliberalen Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung verknüpft. Da der Markt als die natürliche Ordnung angesehen wird, wird Marktversagen als Krisenursache faktisch ausblendet. Problematisiert wird zum einen die blockierte
2. **Made in Germany:** Dieser Diskurs stellt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die ihr zugrunde liegende Innovationskraft und die daran hängenden Arbeitsplätze ins Zentrum. Sein zentrales Versprechen: „Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut.“ Die Globalisierung „an sich“ wird positiv bewertet. Als Krisenursachen werden aber die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft, unfaire Wettbewerbspraktiken, Ressourcenverknappung sowie überzogene Wachstumskritik und Technikfeindlichkeit benannt. Zwar spielt dieser Diskurs sowohl in den Volksparteien, den Wirtschaftsverbänden als auch den Industriegewerkschaften eine wichtige Rolle, doch es verläuft eine innere Konfliktlinie u.a. entlang der Frage, ob Arbeit eher als Kostenfaktor bewertet wird oder eher als Innovationsfaktor. Narrativ und normativ ist dieser Diskurs eng mit Ingenieurskunst, deutscher Qualitätsarbeit und dem Stolz auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes („Exportweltmeisterschaft“) verknüpft.
3. **Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung:** Dieser Diskurs steht in besonderer Weise in der Tradition bürgerlich-konservativen Denkens. Ordoliberal und sozialetisch beeinflusst, wird marktwirtschaftliche Freiheit mit „bürgerlichem“ Verantwortungsethos verbunden. Sein zentrales Versprechen heißt: „Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stär-

ken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten“. Die Krisensicht basiert insofern auf der Einschätzung, der gegenwärtige Kapitalismus sei „aus den Fugen geraten“. Eine Soziale Marktwirtschaft wird als der bewährte Pfad angesehen, allerdings gäbe es gegenwärtig „Auswüchse“. Gefordert wird ein „Ordnungsrahmen“ für die Marktwirtschaft, der aber oft im Ungefähren bleibt. Narrativ und normativ versucht dieser Diskurs (die konservative Variante) der Geschichte der sozialen Marktwirtschaft weiterzuerzählen und ist mit klassischen Topoi wie Freiheit und Verantwortung, Maß und Mitte und dem „ehrlichen Kaufmann“ verknüpft.

4. **Grünes Wachstum:** Dieser vergleichsweise junge Diskurs rückt die ökologische Problematik ins Zentrum und sieht in ihrer Bewältigung eine Innovationsaufgabe. Seine Krisensicht bezieht auch den Finanzkapitalismus als Hindernis für Grünes Wachstum mit ein, zielt aber vor allem darauf ab, dass Strukturen und Fehlanreize überwunden werden müssen, die unsere Volkswirtschaften auf einem falschen (fossilen und ressourcenintensiven) Wachstumspfad belassen. Sein zentrales Versprechen: „Grünes Wachstum ermöglicht eine ´doppelte Dividende´ und damit die Versöhnung der sozialen und der ökologischen Frage.“ Dieser Diskurs basiert auf einem (selektiven) technologischen Optimismus und weniger auf politischen Wertvorstellungen. Narrativ knüpft er – u.a. mit dem Bild der „Dritten industriellen Revolution“ an Vorstellungen an, nach denen neue Basistechnologien und Energietechniken auch zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen führen.
5. **Soziale Regulierung und gerechte Verteilung:** Dieser Diskurs steht in der Tradition verschiedener Strömungen der Kapitalismuskritik und der ArbeiterInnenbewe-

gung. Seine Kritik und Krisensicht richtet sich in erster Linie gegen die neoliberale Politik und wirtschaftliche Praxis seit den 70er Jahren. Die wesentlichen Probleme sieht er darin, dass der entfesselte Finanzkapitalismus zur sozialen Spaltung und Aushöhlung der Demokratie geführt habe und so auch Wachstum und „Gute Arbeit“ blockiere. Dementsprechend lautet sein zentrales Versprechen: „Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen“. Sein zentraler Wert ist soziale Gerechtigkeit, vor allem im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit. Narrativ nimmt dieser Diskurs unter anderem Bezug auf das „goldene (wohlfahrtsstaatliche) Zeitalter“ der Nachkriegsjahrzehnte, aber auch auf die Tradition und Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

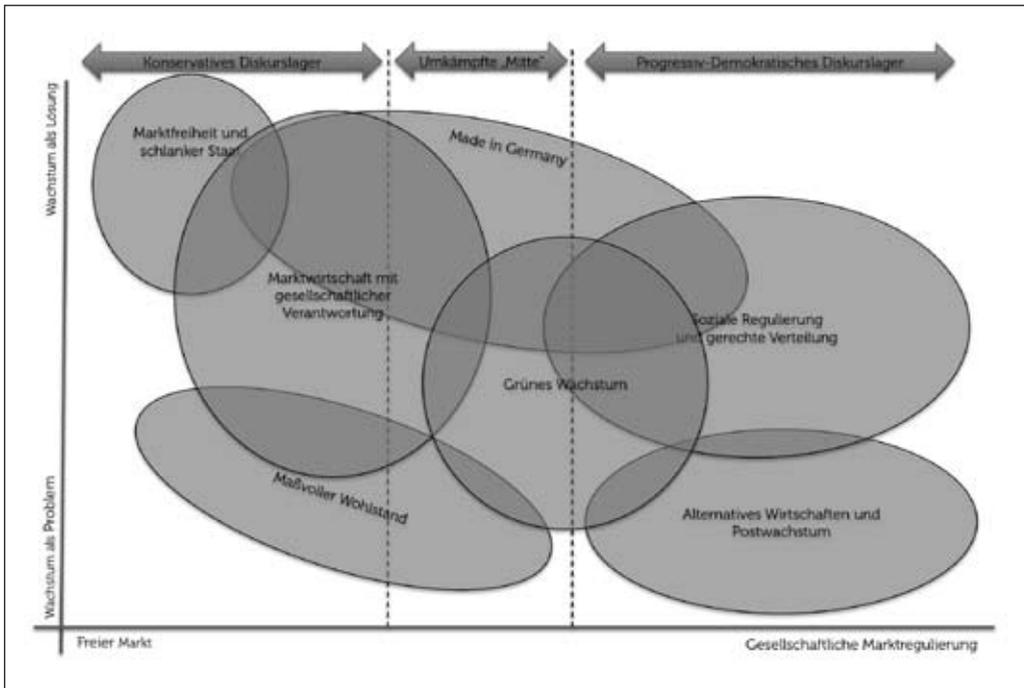
6. **Maßvoller Wohlstand:** Dieser Diskurs steht für einen konservativen Postmaterialismus. Er geht von den ökologischen Grenzen des Wachstums aus, zielt aber darauf ab, bestehende Machtverhältnisse und soziale Unterschiede innerhalb dieser Grenzen zu konservieren. Er sieht die ganze Gesellschaft in einer Krise, alles sei „maßlos“ geworden. Sein zentrales Versprechen: „Mehr Lebensglück ist möglich, wenn wir unsere Maßstäbe verändern und mit dem Wachstumswahn brechen“. Entwickelt werden Wertvorstellungen von „Lebensglück“, an denen sich die Gesellschaft orientieren solle.
7. **Alternatives Wirtschaften und Postwachstum:** Dieser – kapitalismuskritische und z.T. linksalternative – Diskurs geht stärker als alle anderen bislang skizzierten Diskurse von einer Vierfach- oder auch „Metakrise“ aus, die Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft und Demokratie umfasse. Deren Ursache wird im gegenwärtigen

kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gesehen. Kritisiert werden globale Ungerechtigkeit, Wachstumszwänge, Konsumismus und Fremdbestimmung. Sein zentrales Versprechen lautet: „Ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt ist nur möglich, wenn wir das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell überwinden.“ Die politischen Antworten in diesem sehr breit gefächerten Spektrum sind allerdings keineswegs einheitlich. Dieser Diskurs hat wohl das anspruchsvollste Gerechtigkeitskonzept, auch weil er stärker als andere die globale Dimension und auch die Geschlechterfrage in den Blick nimmt. Er knüpft narrativ u.a. an den Erfolge von internationalen und nationalen sozialen Bewegungen an.

Diese Diskurse grenzen sich nicht trennscharf voneinander ab, sondern sie überschneiden sich. Sie sind nicht starr, sondern immer in Bewegung. Jedem dieser Diskurse lassen

sich wiederum Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zuordnen. Gleiches gilt für Institutionen, Strukturen und Praktiken, die diese Diskurse stützen. Sie lassen sich in einem zweidimensionalen politischen Raum darstellen, der von zwei Achsen aufgespannt wird. In der ersten Dimension wird danach differenziert, ob diese Diskurse sich eher am Prinzip liberaler Marktfreiheit orientieren oder eher an Vorstellungen einer sozial regulierten Wirtschaft. Die zweite Dimension unterscheidet nach der „Wachstumsfreundlichkeit“ dieser Diskurse – wird zukünftiges Wachstum eher als Beitrag zur ökonomischen Problemlösung gesehen oder ist Wachstum an sich eher Teil des Problems?

Unterscheidet man nach politisch eher konservativen Diskursen oder politisch linken (oder hier „progressiv-demokratisch“ genannten) Diskursen, bietet sich die horizontale Achse immer noch als der wesentliche Maßstab der Differenzierung an, da die klassischen politischen Lager



am ehesten durch ihre jeweiligen Wertvorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit zu unterscheiden sind.

Zu identifizieren ist einerseits ein konservatives Diskurslager, das dadurch definiert wird, dass die in diesem Bereich zu verortenden Diskurse im Großen und Ganzen auf eine Rechtfertigung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells abzielen und die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse strukturell nicht in Frage stellen.

Ihm gegenüber steht ein progressiv-demokratisches (oder linkes) Diskurslager. Die in diesem Bereich zu identifizierenden Diskurse sehen in den bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – ein Hemmnis ihres jeweiligen zentralen Versprechens.

Zwischen diesen Lagern steht eine „umkämpfte Mitte“, in der sich fünf der sieben aufgeführten Diskurse überschneiden. Gerade hier ringen konservative und progressive Sichtweise miteinander – auch im Alltagsbewusstsein der Bürger/innen. Eines fällt dabei in besonderer Weise auf: Der Diskurs „Grünes Wachstum“ steht in dieser Übersicht im Zentrum. Er hat zudem von allen Diskursen die meisten Schnittstellen mit anderen Diskursen. Vieles spricht dafür, dass dieser Diskurs „Grünes Wachstum“ derzeit in hohem Maße umkämpft ist und dass jede zukünftige wirtschaftspolitische Diskursführerschaft darauf angewiesen ist, Elemente dieses Diskurses für sich zu gewinnen.

Alltagsverstand und gesellschaftliches Meinungsbild

Mit der bloßen Darstellung dieser Diskurse ist natürlich noch nichts über ihre politische Relevanz und gesellschaftliche Verankerung gesagt. Zum einen werden sie von den Einzelnen je nach ihrer sozialen Lage, Habitus etc. unterschiedlich verarbeitet, akzeptiert oder abgelehnt. Zum anderen übertragen sich politische

Elitendiskurse auch nicht bruchlos in das Denken der Bürgerinnen und Bürger. Das Ringen um Hegemonie vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen oder „Stockwerken“. Auf der ersten Ebene befinden sich eher wissenschaftlich oder philosophisch begründete Konzepte. Doch Hegemonie entsteht nicht allein durch rationale Argumente oder die Schlüssigkeit von Theorien. „Die Kohärenz einer Ideologie hängt davon ab, wie weit sie philosophisch ausgearbeitet ist. Aber diese formale Kohärenz kann nicht ihre historische, organische Effektivität garantieren. Nur dort, wo philosophische Strömungen in das Massenbewusstsein einfließen, es modifizieren und transformieren, ist eine Ideologie effektiv, wird sie zum Alltagsbewusstsein.“⁵ Auf der zweiten Ebene – dem eigentlichen Ort der Entstehung von Hegemonie – befindet sich das Alltagsbewusstsein, das Denken der breiten Bevölkerung. Wie schon Gramsci bemerkte, kann dieses „Vorteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Institutionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zu eigen sein wird“ vereinen.⁶

Die gilt nicht zuletzt für die Deutung der gegenwärtigen Krise im Alltagsbewusstsein. Hiieß es noch 2008 „Wir zahlen nicht für eure Krise“ (gemeint waren die Banken), sangen die deutschen Fußballfans beim EM-Viertelfinale gegen Griechenland im Juni 2012 hämisch in Richtung der Griechen: „Eure Tickets haben wir bezahlt“. Neben die Konfliktlinie einer gesellschaftlichen Mehrheit gegen die Verursacher und Profiteure der Finanzkrise ist eine zweite getreten, die Konfliktlinie zwischen den europäischen Staaten. Nicht unerhebliche Teile der Gesellschaft würden eher „linken“ Forderungen wie einer umfassenden Regulierung der Finanzmärkte ebenso zustimmen, wie konservativen Forderungen, Euro-Staaten, die „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, nicht mehr zu helfen. Dass der gegen-

5 Stuart Hall (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihr Bedeutung für die Erforschung von „Rasse“ und Ethnizität, in: ders.: *Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus*, S. 80

6 Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, S. 1376

wärtige Kapitalismus in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht nicht zukunftsfähig ist, wird selbst in bürgerlich-konservativen Milieus reflektiert. Aber diese grundsätzliche Einsicht ist immer auch überlagert von kurzfristigen und eigenen Interessen, sowie der großen Skepsis, ob ein wie auch immer gearteter Pfadwechsel politisch möglich ist und ob er wirklich zum Besseren führt.

Diskursallianzen von rechts und links

Daher liegt auch die Vermutung nahe – und Ergebnisse der aktuellen Meinungsforschung bestätigen dies – dass keiner der hier skizzierten Diskurse für sich derzeit hegemoniefähig ist und eine potenziell neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Hegemonie (die keine Zwangsläufigkeit ist) eine Neu-Konfiguration dieser Diskurse sein wird und somit wiederum eine andere Diskurslandschaft zur Folge haben wird.

Politische Strategiefähigkeit, die nicht nur auf das eigene Organisationsinteresse oder den Wahlerfolg abzielt, sondern auf politisch-kulturelle Hegemonie, muss eine Fähigkeit sein, an Diskurs-Allianzen zu arbeiten. Sowohl ein „Diskurs-Surfing“, bei dem je nach Themenlage ein anderer Diskurs bedient wird, als auch ein „Diskurs-Einkapseln“ (d.h. das Schließen der eigenen Reihen auf Basis der jeweiligen eigenen Weltsicht) mögen taktisch nachvollziehbar sein. Strategisch ist diese Vorgehensweise nicht. Die Arbeit an Diskursallianzen ist also als ein politisch-kommunikativer Prozess zu sehen, der darauf abzielt, in den Köpfen bislang Getrenntes neu zu verknüpfen. Diskursallianzen addieren nicht konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Neue Diskurse entstehen zum Beispiel, indem aus Einzelinteressen Gemeinschaftsinteressen werden und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen offengelegt werden als die Einzelinteressen Weniger. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung

und Kohärenz aufweisen, kann man sie als einen neuen eigenständigen Diskurs definieren. Ein Beispiel für einen solchen Prozess ist der neu entstandene Diskurs „Grünes Wachstum“, der Elemente der älteren Diskurse „Made in Germany“ und über die „Grenzen des Wachstums“ verknüpft hat.

Im konservativen Lager zeichnen sich derzeit zwei Muster ab:

- **„Stabilitätspatriotismus“:** Diese konservative Strategie zielt darauf ab, Elemente der Diskurse „Marktfreiheit und schlanker Staat“ und „Made in Germany“ zu verbinden. Die starke Exportposition der deutschen Volkswirtschaft wird diskursiv verknüpft mit dem Gedanken des „soliden Haushaltes“. Formuliert wird nach innen ein Sicherheits- und Stabilitätsversprechen, das erstens anknüpft an der tiefsitzenden Inflationsangst der deutschen Bevölkerung bzw. an der vermeintlich erfolgreichen Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank und der harten Deutschen Mark und zweitens an der erfolgreichen Krisenbewältigung der deutschen Volkswirtschaft. Das diskursive Außen wiederum sind jene europäischen Volkswirtschaften, die ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht hätten und von denen nun nach deutschem Vorbild eine konsequente Sparpolitik und „wachstumsorientierte Strukturformen“ verlangt werden.
- **„Moralischer Kapitalismus“:** Das zweite konservative Bemühen um eine Diskursallianz zielt ab auf eine Verbindung die Diskurse „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“ und „Grünes Wachstum“, teilweise auch „Maßvoller Wohlstand“ und „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“. Dieser Ansatz geht durchaus auch von einer mehrdimensionalen Krise aus, sieht jedoch keine „systemischen“ Ursachen, sondern

belässt es bei der Forderung nach Einzelreformen, die oftmals (wie eine Besteuerung von Finanztransaktionen) auch eher taktisches Zugeständnis sind. Meist geht es jedoch um moralische Appelle und freiwillige Lösungen. Die Devise lautet: So viel Unverbindlichkeit und Verantwortungsrhetorik wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

Im linken Lager besteht zwar Einigkeit über viele Einzelforderungen wie einem Mindestlohn oder einer Finanztransaktionssteuer. Aber zugleich orientieren sich die Deutungsmuster vieler Akteure an vier der oben dargestellten Diskurse, die jeweils um die zentralen Versprechen einer starken Industrie, sozialen Regulierung, grünem Wachstum und Postwachstum kreisen.

Eine denkbare Diskursallianz links der Mitte könnte (vorläufig) als „demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“ beschrieben werden, verbunden mit dem zentralen Versprechen, dass eine solche Gesellschaft auf demokratischen Wege – bei allen beschriebenen Schwierigkeiten eines Pfadwechsels – möglich ist.⁷ Sie bildet somit ein klares Gegenprogramm zu einem „Kapitalismus der Verantwortungslosigkeit“, der wiederum als „diskursiven Außen“ zu verstehen ist. Eine solche Diskursallianz müsste mit politischen Leitbildern und Projekten verbunden werden, die über Organisationsgrenzen, mediale Themenzyklen und die Dauer von Legislaturperioden hinweg wieder zum festen Kern linker Zukunftsgestaltung gehören und die in gewisser Weise quer zu den genannten Diskursen liegen uns insofern zumindest das Potenzial haben, neue gesellschaftliche und diskursive Allianzen zu festigen.

Erstens eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, die sich durchaus an langfristigen und ambitionierten Nachhal-

tigkeits-Zielen orientiert, aber nicht über ein „ökologisches Jenseits“ schwadroniert, sondern ihren realpolitischen Ausgangspunkt im deutschen Export- und Produktionsmodell mit all seinen Interessen, Strukturen und Kulturen nimmt. Ein zukunftsgerechter Wachstumspfad setzt wiederum, das muss immer wieder verdeutlicht werden, einen anderen, sozial regulierten Kapitalismustyp und eine gerechtere Einkommensverteilung voraus.

Zweitens die Rückbesinnung auf die Bedeutung des Öffentlichen (Güter, Dienste, Medien, soziale Sicherung etc.) für eine moderne, gerechte und nachhaltige Gesellschaft. Die Forderung nach einem besser finanzierten und qualitativ hochwertigen öffentlichen (kommunalen) Sektor taucht in den Diskussionen über die Grundlagen einer innovativen Ökonomie ebenso auf wie in keynesianischen Wirtschaftsdebatten, in wachstumskritischen Beiträgen oder auch Demokratie-Diskursen. Aber ein offensives Projekt und eine breite Allianz für ein Comeback des „Öffentlichen“ gibt es derzeit nicht.

Drittens sollte eine mit Mindeststandards, Anerkennung und sozialen Rechten verbundene Erwerbsarbeit wieder als wesentliche Basis unserer Gesellschaft und als ihr „Kitt“ im Sinne einer Einheit der Vielfalt betrachtet werden. Erforderlich ist ein neues normatives Leitbildes von Erwerbsarbeit, das plurale Lebenslagen und Ansprüche sowie arbeits- und sozialpolitische Zielsetzungen miteinander verknüpft.

Viertens kann ein neuer Pfad wohl nur dann beschritten werden, wenn er als politisch-kultureller Transformationsprozess und als Prozess der schrittweisen Überwindung des nationalen Denkens verstanden wird. Dies ist nur denkbar, wenn er zugleich mit einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft aber auch der Institutionen der EU einhergeht. ■

7 Weitere Ausführungen dazu siehe Fußnote 3

↳ Benjamin Mikfeld ist Mitherausgeber der spw und Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie.